



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Pressemitteilung 202 - 4. September 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81831 - 83
Fernschreiber 0886890

Zu den deutsch-russischen Verhandlungen	S. 1
Vor Neuwahlen in Norwegen	S. 2
Erlar: CDU bereitet dem Atomwetterrisiko den Weg	S. 3
Quiz mit Frau Oberbürgermeister Albertz	S. 5
Übergriffe des "Militärischen Abschirmdienstes"	S. 7
Anschwellender Flüchtlingsstrom	S. 8
Adenauer in Berlin	S. 8a
Die tägliche CDU - Lüge	S. 9

Meine Chance blieb ungenutzt

sp - Die deutsch-russischen Verhandlungen über das Handelsabkommen und die Repatriierung deutscher Staatsbürger aus der Sowjetunion sind im Augenblick blockiert. Von Seiten der Bundesregierung wird natürlich dieses "Ergebnis" monatelanger Vorverhandlungen auf das Schuldkonto der Russen geschrieben. Die Russen sind zähe Verhandlungspartner. Niemand hat sich vor Beginn der Verhandlungen mit ihnen die geringsten Illusionen gemacht. Niemand hat aber auch angenommen - besonders nicht in Regierungskreisen -, dass die Russen bereit wären, auf der Grundlage von deutschen Zahlenangaben ("über 100 000") zu verhandeln, die mit den Realitäten einfach nicht in Einklang zu bringen sind.

Jetzt ist aus der Repatriierungsfrage, aus diesem rein menschlichen Problem, ein politisches, ein Prestigeproblem geworden. Es ist also genau das eingetroffen, wovor die Sozialdemokratische Partei bereits vor Beginn der Verhandlungen gewarnt hatte.

Deshalb wiederholen wir noch einmal die Frage an die Bundesregierung, warum sie sich nicht die allseits anerkannten Vorerarbeiten des Deutschen Roten Kreuzes für die Repatriierung deutscher Staatsbürger aus der Sowjetunion zunutze gemacht hat. Zwischen dem Deutschen und dem Russischen Roten Kreuz bestehen bereits Vereinbarungen, die jenseits von Politik und Prestige die Chance bieten, dass Menschenschicksale menschlich behandelt werden.

Bei aller Reserve gegenüber den Sowjets: Es muss einmal offen ausgesprochen werden, dass die Bundesregierung diese Chance nicht genutzt hat.

* * *

4. September 1957

Wirtschaftsblüte kam allen Schichten zugute

Von unserem skandinavischen Mitarbeiter

Am 7. Oktober werden in Norwegen die Parlamentswahlen stattfinden. In bisherigen Storting verfügte die Sozialdemokraten mit 77 von insgesamt 130 Mandaten über eine knappe absolute Mehrheit. In weitem Abstand folgten die Konservativen mit 26 Sitzen, die Agrarier und die Liberalen mit je 15 Sitzen und die Christliche Volkspartei mit 14 Sitzen. Die drei kommunistischen Mandate sind bedeutungslos.

Die Regierungsverantwortung liegt seit Kriegsende in den Händen der Sozialdemokraten. Während dieser Regierungszeit wurden nicht nur das kriegsverstörte Nordnorwegen mit neuen Siedlungen und Wirtschaftsanlagen ausgestattet und die schweren Versenkungsverluste der Handelsflotte ersetzt, sondern es wurde darüber hinaus eine Industrialisierung vorwärtgetrieben, die ihresgleichen in Europa sucht (Norwegen hat seit Jahren die höchste Investitionsquote der Welt).

Die Gesamttonnage der norwegischen Handelsflotte hat kürzlich die Höhe von 8.000.000 BRT überschritten. Trotz ständiger Cassandra-Rufe der Opposition steigen die Lebensverhältnisse des Volkes ständig. Sozialgesetzgebung, Wohnungsbau und Vollbeschäftigung geben dem Leben einen festen Untergrund. Die großen Investitionen in der Handelsflotte und in den neuen Industriezweigen tragen reiche Früchte.

Zum Unterschied von der Bundesrepublik kam der wirtschaftliche Aufstieg in Norwegen nicht in erster Linie einer kleinen Schicht alter und neuer Unternehmer zugute, sondern dem ganzen Volke. Die Oppositionsparteien haben es daher schwer, im Wahlkampf Ansatzpunkte zu einer Kritik zu finden.

In der Außenpolitik versucht das norwegische Bürgertum seit Jahren, die Bemühungen der Sozialdemokraten um eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den anderen nordeuropäischen Staaten zu durchkreuzen. Norwegische Wirtschaftskreise befürchten nämlich von einer Zollunion mit Schweden und Dänemark eine Schmälerung ihrer Einkommensmöglichkeiten, während die Sozialdemokraten sich von der Erwägung leiten lassen, daß auf längere Sicht das norwegische Volk aus einer solchen Zusammenarbeit nur Nutzen ziehen kann und daß man kurzfristige Schädigungen, soweit sie nicht sofort beseitigt oder gemildert werden können, in Kauf nehmen müsse.

Die sozialdemokratische Partei geht mit guten Aussichten in den Wahlkampf und ihr im ganzen Volke beliebter Vorsitzender, Ministerpräsident Berghardsen, wird wohl auch nach den Wahlen das Staatsoberhaupt - zum Wohle der ganzen Bevölkerung - zu führen haben. Die Oppositionsparteien sind untereinander durchaus nicht einig und eine echte Alternative zur sozialdemokratischen Regierungspolitik hat es in Norwegen seit dem Kriege nicht gegeben.

4. September 1957

"Vernebelung ist nicht erlaubt"

Von Fritz Erler, MdB

1. Am 22. August 1957 hat mir der Landtagsabgeordnete der CDU
Dr. Haas BAUSCH einen Brief geschrieben, dessen letzter Absatz lautet:

"Mit diesem kleinen Brief möchte ich nur das meine dazu beitragen,
daß in Ihnen kein falscher Eindruck zurückbleibt. Vielleicht
finden Sie gelegentlich Zeit, meine Fragen zu beantworten. Ich bin
nicht böse, wenn es erst nach dem 15. September der Fall ist."

Schon am 25. August wurde aber in Tuttlingen in einer Kundgebung und am
27. August vor denselben Abgeordneten in Zeitungsinseraten die Frage so
aufgeworfen, als wollte ich nicht antworten. Wie der Schlußabsatz des Briefes
in Übereinstimmung zu bringen ist mit diesem Verhalten, überlasse ich dem
Urteil der Öffentlichkeit.

2. Der Kandidat der CDU des Kreises Rottweil, ihr Bundesgeschäftsführer
Dr. Heck, war anläßlich meiner Versammlungstour nach Tuttlingen und
Rottweil persönlich anwesend. Er hat es vorgezogen, sich nicht zur Dis-
kussion zu machen, sondern seine Angriffe auf mich erst in der Versammlung
des Bundesverteidigungsministers Strauss in Tuttlingen zu starten, als er
wußte, daß ich nicht anwesend war.

3. Die CDU versucht seit Monaten, mit aus dem Zusammenhang heraus-
gerissenen Zitaten zu "beweisen", daß ich die Ausstattung der Bundeswehr mit
Atomwaffen gefordert hätte. Sie weiß genau, daß das nicht zutrifft, sondern
ich mich in Wahrheit nur gegen die These des Bundeskanzlers gewandt habe,
eine Armee von 500.000 Mann mit konventionellen Waffen würde uns den Atom-
krieg ersparen. Die CDU weiß auch genau, daß ich damals auf die Umrüstung
der Amerikaner hingewiesen habe, als der Bundeskanzler das Vorhandensein
dieser Pläne noch glatt leugnete. Darum ging es.

Alle meine Aufsetze weisen deshalb auf die Notwendigkeit hin, aus
der militärtechnischen Umwälzung auch die politischen Schlussfolgerungen
zu ziehen: nämlich auf das Atomwaffen nicht mit dem klassischen Wett-
läufen zu antworten, sondern Sicherheit zu suchen durch eine Politik, die
zur kontrollierten Abrüstung auf allen Gebieten - der Atomaren wie der
konventionellen - führt.

4. September 1957

Man kann aber nicht die Abrüstung fördern, indem man selbst nach Atomwaffen ruft. Denjenigen, welche die Verantwortung für das Hineinreißen der Bundesrepublik in das atomare Wettrüsten tragen, darf nicht erlaubt werden, diese Verantwortung auf ihre Gegner abzuwälzen, die vor den Folgen gewarnt haben.

4. Als Herr Bausch behauptete, ich hätte für den "Fränkischen Volksfreund" unter der Überschrift "Weltpolitische Einsamkeit" einen Artikel geschrieben, habe ich lediglich mit der Bemerkung widersprochen, daß mir dieser Artikel und die Zeitung unbekannt seien. Ich habe Herrn Bausch nicht etwa als Lügner bezeichnet, wie er behauptet. Der "Fränkische Volksfreund" in Würzburg ist mir tatsächlich eine unbekannte Zeitung. Ich habe am 27. Juli 1956 im "Sozialdemokratischen Pressedienst" einen Aufsatz "Harte Tatsachen" geschrieben. Es konnte niemand annehmen, daß es sich bei dem Zitat von Herrn Bausch, noch dazu im Zusammenhang seiner Rede, um den Artikel des Pressedienstes handelte, zumal die wesentlichen Thesen meines Artikels, die Herrn Bausch doch nicht entgehen sein können, in Wahrheit lauten:

"Aufgabe der deutschen Politik muß es sein, den anderen Mächten den Weg zur umfassenden Abrüstung zu erleichtern und nicht etwa den Eindruck zu erwecken, als wollten wir ihnen den Abbau der Rüstungslasten verbieten. ... Der Atomkrieg kann nicht durch mehr konventionelle Waffen, sondern nur durch umfassende Verminderung aller Rüstungen vermieden werden. Schließt sich die Bundesrepublik Deutschland vor den Bemühungen um die Herabsetzung der Truppenstärken aus, so treibt sie die anderen zu einer Einigung auf der Grundlage der Spaltung Deutschlands. ... Deutsche Politik kann sich der Wiedervereinigung nur nähern, wenn unsere Vorschläge das wiedervereinigte Deutschland in den Trend zur Abrüstung einbeziehen, aber nicht jetzt die Abrüstung zu torpedieren suchen."

Diese Ausführungen sind heute so wahr, wie sie es vor einem Jahr waren. Sie hätte man nicht verschweigen dürfen, wenn man aus dem gleichen Aufsatz nur die Einleitung über das in Gang befindliche Atomwettrüsten, das ich schon damals als "Wettrüsten des Irrsinns" bezeichnete, zitiert.

Die Schrecken des dritten Weltkrieges können nicht durch die Rückkehr zu den Methoden des zweiten überwunden werden. Die Politik muß vielmehr den Dritten ersparen.

Zusammenfassend: Vernebelung ist nicht erlaubt. Die Sozialdemokraten kämpfen gegen das Hineinziehen der Bundesrepublik in das Atomwettrüsten; die CDU bereitet ihm den Weg.

gez. Fritz Erler.

"Das ist ja viel interessanter als Kino"

"Was heisst UNO" ? - Schweigen; "Was bedeutet NATO"? - Tiefes Schweigen.

"Wer ist Oberbürgermeister von Oberhausen ?" - Frau Albertz" rufen über 30^v Frauen, die von Frau Albertz zu einem politischen Quiznachmittag eingeladen sind.

Was die UNO ist und was NATO bedeutet, das wissen die Frauen nicht. Wer aber ihr Oberbürgermeister ist und welcher Partei Frau Albertz angehört, das wissen sie also. Sie wissen auch, dass Ollenbauer der Vorsitzende der SPD ist und sie rufen auf die Frage, ob die CDU eine christliche Partei sei, entrüstet "Nein!". Auch dass die SPD gegen die Wehrpflicht und Atomaufrüstung ist, wissen sie.

Es war eine gute Idee von Frau Oberbürgermeister Albertz, die vor einiger Zeit Frauen eines Stadtteils von Oberhausen zu einem gemütlichen Beisammensein eingeladen hatte. Frauen aller Berufsschichten, jung und alt, gaben sich ein Stelldichein. Quizmeisterin war Frau Albertz selbst. Stadtverordnete oder Leute, die "sonst etwas mit Politik" zu tun haben, durften nicht antworten.

Sobald es in die "grosse Politik" geht, bleiben die Antworten spärlich. Wenn Frau Albertz aber fragt: "Wieviele Mitglieder hat der Rat der Stadt Oberhausen ?", kommt es wie aus der Pistole geschossen: "48!".

Unser Steuersystem ist kompliziert. Kein Wunder, dass sogar viele Männer nicht wissen, welches die unraczialste Steuer ist. Grosses Gelächter gibt es, als eine Frau - wahrscheinlich in Gedanken an ihren vierbeinigen Hausgefährten - laut und vernehmlich ruft: "Die Hundesteuer !"

Die meisten rufen aber: "Die Lohnsteuer !" Das ist die Steuer, die sie auf dem Lohnzettel ihres Mannes sehen. Das Besteuerer ist aber gross, als Frau Albertz ihren Gästen erklärt, was es mit der individuellen ^{Steuern} und der Umsatzsteuer auf sich hat. Mit den Steuern auf Salz, Streichhölzer, Kaffee und vielen anderen Waren des täglichen Bedarfs.

Bei den Fragen der Rentenreform erhitzen sich die Gemüter. "Was soll der neue Bundestag für die Rentner tun ?" - Antwort: "Die Grund-

rente darf nicht mehr angerechnet werden; sie ist mein gutes Recht." Erstaunlicherweise wissen die Frauen sogar, wer sich um die Festsetzung der Altersgrenze für Frauen auf 60 Jahre bemüht und wer dies abgelehnt hat. "Die SPD hat sich darum bemüht, die CDU hat es abgelehnt". Die Frauen reagieren empört auf die Verschlechterung der Weiterversicherung für Hausfrauen.

"Wie lange die Männer arbeiten sollen?" - Diese Frage wird unterschiedlich beantwortet. Man einigt sich auf 40 - 45 Stunden in der Woche. "Mehr Wohnungen für alleinstehende Frauen" ist eine andere Forderung.

Der Kaffee duftet und der Kuchen schmeckt. Die Gewinnerinnen beim Quiz erhalten kleine Preise.

Und was meint die Frau Oberbürgermeister und Bundestagsabgeordnete zu ihrem Experiment? Sie sagt, es sei gar nicht wahr, dass sich Frauen nicht für Politik interessieren. Sie müssten nur richtig angefasst werden. Wenn sie weniger wissen als die Männer, sind die Männer meist daran schuld. Das Interesse ist schon da, es muss nur geweckt werden. Frau Albertz ist zufrieden mit ihrem Quiz-Nachmittag. Sie hatte etwas Angst davor, weil manche ihrer männlichen Kollegen geunkt hatten. Jetzt ist sie froh, doch das Experiment gewagt zu haben. Besonders deswegen, weil die Frauen am Schluss sagten, sie würden auch wiederkommen, wenn es keinen Kaffee und Kuchen gäbe. Und eine meinte zum Schluss: "Das ist ja viel interessanter als Kino".

* * *

Wie viele Frauen können sich heute noch der Erziehung ihrer Kinder so widmen, wie sie möchten? Sie können es nicht, weil der Verdienst ihrer Männer für die Bestreitung der Bedürfnisse der Familie nicht ausreicht. Darum müssen sie in Büro und Fabrik mitverdienen. Dieses bedeutet aber, dass sie ihre Kinder sich selbst überlassen müssen. Familienminister Wirmeling jammert über den Zerfall der Familie und die Zunahme der "Halbstarcken". Das hat wenig Sinn: statt zu jammern, sollte man die Ursache des Jammers beseitigen! Man muss eine Lohnpolitik, eine Preispolitik, eine Steuerpolitik betreiben, die die Frauen und Mütter nicht zum Mitverdienen zwingt. Die Bundesregierung und ihre Parteien haben dies unterlassen. Die SPD wird es tun!

* * *

Grobe Verletzung des Grundgesetzes

mu, Kiel

In der Bundesrepublik gibt es einen Geheimdienst, der der Öffentlichkeit in Schleswig-Holstein auf höchst unliebsame Weise bekannt wurde. Es handelt sich um den "Militärischen Abschirmdienst" (MAD), der dem Bundesverteidigungsministerium direkt unterstellt ist. In Schleswig-Holstein führte sich dieser Geheimdienst jedenfalls durch zwei Übergriffe ein, die im Grunde nichts anderes als eine Verletzung des im Grundgesetz zugesicherten Rechts auf Arbeit darstellen.

Erst jetzt wurde bekannt, dass am 30. November 1956 in Husum der Maurer Carstens von seinem Arbeitgeber fristlos entlassen wurde, und zwar, wie sich nach endlosen Laufereien herausstellte, auf Empfehlung des MAD. Der Maurer war auf dem Gelände der Husumer Marinekaserne beschäftigt. Erst als sich die Rechtsabteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg einschaltete, kam etwas Licht in die ganze Angelegenheit.

Es handelt sich nämlich ganz einfach um eine Verwechslung, welche dem Manne den Arbeitsplatz gekostet hatte. Tatsächlich sollte ein Bauarbeiter gleichen Namens, der mit Carstens in der gleichen Strasse wohnte, auf Befehl des MAD nicht länger auf der Baustelle tätig sein. Den Kaminverfasser des Entlassenen beschuldigte man nämlich, dem Südschleswiger Wählerverband, der Partei der dänischen Minderheit, anzugehören und ausserdem in Dänemark Verwandte zu besitzen, die möglicherweise Verbindung nach Russland haben.

Der MAD gestand seine unglaubliche Verwechslung indirekt ein, indem der fristlos entlassene Maurer Carstens durch die Wehrbereichsverwaltung DM 200.- Abfindung bekam. Damit ist aber die ganze Angelegenheit nicht erledigt. Es darf einfach im Bundesgebiet keinen Geheimdienst geben, der Arbeitgebern auf blossen Verdacht hin die Entlassung von Arbeitnehmern nahelegt. Auch die Ämter für Verfassungsschutz müssen, wenn hinsichtlich des Arbeitsplatzes etwas unternommen werden soll, die richterlichen Instanzen einschalten. Alles andere läuft auf einen Unrechtstat hinaus und bedeutet eine grobe Verletzung des Grundgesetzes.

Ausdruck der Resignation

ler - Im Monat August suchten 27 590 Bewohner Mitteldeutschlands Zuflucht in der Bundesrepublik, 3 300 mehr als im vergangenen Monat. Mit einem weiteren Anschwellen des Flüchtlingsstromes ist zu rechnen. Es handelt sich um Menschen aller Bevölkerungsschichten, um Arbeiter und Bauern, um Angestellte und Handwerker. Die Tragik der Spaltung findet in diesen Zahlen ihren bedrückenden Niederschlag.

So vielseitig auch die Gründe sein mögen, die den Einzelnen oder ganze Familien bewegen, unter Zurücklassung von Hab und Gut in der Bundesrepublik eine neue Heimat zu suchen, so lassen sie sich doch auf ein Grundmotiv zurückführen: das der Resignation.

In früheren Jahren lockte das westdeutsche Wirtschaftswunder, trieb physische Not und der Druck kommunistischen Regimes Hunderttausende in den Westen. Diese Gründe galten nicht mehr. Der Lebensstandard der Zonenbevölkerung ist im Vergleich zu 1949/50 unzweifelhaft gestiegen, es wird nicht mehr gehungert. Gewisse Erleichterungen als Folge des 17. Juni blieben bestehen; das Regime wagt nicht mehr, jede Unmutsäußerung mit Gefängnis und Kerker zu bestrafen. Gewisse Schichten wie die der Techniker und der Intelligenz werden geradezu umworben. Von den Bauern wurde, auch eine Wirkung des Juniaufstandes, der furchtbarste Druck genommen.

Weder eine verschlechterte Lebenshaltung, noch ein im Vergleich zu den letzten Jahren gesteigerter Druck des Regimes auf die Bevölkerung Mitteldeutschlands haben also die letzte Flüchtlingswelle ausgelöst. Veränderungen in der Gesamtsituation Pankows sind weder im Guten noch im Schlechten zu verzeichnen. Warum aber verlassen dann in diesen Monaten mehr Menschen die Zone als früher?

Die Antwort ergibt sich von selbst: es ist die Hoffnungslosigkeit über die Entwicklung der internationalen Lage, die sich der Bevölkerung Mitteldeutschlands bemächtigt hat. Das vermeintliche Scheitern der Londoner Abrüstungsgespräche wirkte sich demoralisierend aus, das völlige Fiasko der Bundesregierung in der Frage der Wiedervereinigung lässt die Menschen daran verzweifeln, noch zu ihrer Zeit den Tag der deutschen Einheit zu erleben.

Von einer möglichen dritten Regierung Adenauers weiss man, dass sie, wie in früheren Jahren, ihre Politik der Passivität und ausgefahrenen Geleise in der wichtigsten deutschen Lebensfrage fortsetzen wird - zu Nutz und Frommen des Herrn Ulbricht, der ungestört durch ausbleibende westdeutsche Initiative seine Hausmacht weiter verstärken kann. So ist der neue Flüchtlingsstrom nicht nur ein Ausdruck tiefer Hoffnungslosigkeit, er ist auch eine Anklage gegen Bonn, dessen Versagen die Hoffnungslosigkeit nährt und ihr neuen Auftrieb gibt. Die Menschen Mitteldeutschlands richten sich auf eine weitere lange Dauer der deutschen Spaltung ein - ist das nicht eine Anklage, die auch die verhärteten Herzen der westdeutschen Status quo-Politiker aufzählen müsste?

* * *

Taktlos !

F.B. - Berlins Bevölkerung nahm am Dienstag in tiefer Trauer Abschied von Dr. Otto Suhr. Begriffen stand eine unübersehbare Menschenmenge vor dem Schöneberger Rathaus. Vielen kamen die Tränen, als der Trauerzug den letzten Weg antrat.

Konnte jemand in dieser Stunde daran denken, die politische Reklametrommel zu rühren? Nein, würde jeder sagen müssen; denn vor der Majestät des Todes sind Schweigen und Würde oberstes Gebot.

In Berlin aber kam es anders. Dr. Konrad Adenauer besaß die Taktlosigkeit, eine "Show" zu veranstalten.

Es begann damit, dass der Bundeskanzler sich mit dem ihm bereitgestellten geschlossenen Wagen nicht zufrieden gab, sondern kurzerhand veranlasste, dass ihm ein offener hellblauer Cadillac zur Verfügung gestellt wurde. Als sich der Trauerzug in Bewegung setzte, glaubte Adenauer, dass es sich um eine persönliche "Triumphfahrt" handelte, und als die Berliner nicht reagierten, da sie gekommen waren um zu trauern, begann Konrad Adenauer von sich aus den Berlinern zuzuwinken. Dabei sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass man in einem Trauerzug auf solche Kundgebungen nicht reagiert, selbst wenn sie spontan gekommen wären.

50 Meter vor dem Bundeskanzler fuhr der Sarg mit Otto Suhr, 50 Meter dahinter hatte ein Mann, der sich christlich nennt, die Stirn, in diesem Augenblick persönliche Propagandabedürfnisse zu befriedigen.

Dr. Adenauer hat sich gestern in Berlin wieder einmal selbst entlarvt. Ihm macht es nichts aus, im Angesicht des Todes "Politik" zu betreiben.

Die Reaktion der Berliner war eindeutig. Sie haben diese Taktlosigkeit des Kanzlers in der überwiegenden Mehrheit mit eisiger Ablehnung verurteilt.

* * *

"Ständiges Absinken der SPD-Mitgliederzahl"

W.K. - Es mag ja wirklich recht peinlich für die CDU/CSU sein, wenn eine vom Bundesinnenministerium eingesetzte Parteienrechtskommission unter anderem über die Mitgliederstärken der Parteien berichtet. Vor allem deshalb, weil jeder denkende Mensch die nicht einmal 300 000 Mitglieder mit den etwa 100 Millionen Mark in Einklang zu bringen sucht, die dieser Partei zur Führung des Wahlkampfes zur Verfügung stehen. Woher das Geld?

Doch in den Redaktionsstuben der "Rundschau" in und um das Bundesdorf sitzen ja schlaue Leute. Sie wissen schon, wie derartig peinliche Dinge und sich daraus ergebende peinliche Fragen totgeschrieben werden können. Man schreibt einfach über einen Artikel in fetten Lettern "SPD-Mitgliederzahl sinkt ständig ab" und führt dann weiter aus:

"Aktuelles Interesse beansprucht die Feststellung, dass die Mitgliederbewegung bei der SPD...ständig im Absinken begriffen ist".

Ein Telefongespräch hätte genügt, die Wahrheit zu erfahren. Es hätte genügt, das Gegenteil von dem zu erfahren, was die "Rundschau" da zusammenreimten, um Peinliches zu überkleistern. Nachstehende Zahlen sprechen für sich und gegen die unwahren Behauptungen vom "ständigen Absinken der SPD-Mitgliederzahl":

31.12.1955	585 158	
	+ 3 893	(Saar)
	589 051	
30. 6.1956	601 196	
	+ 11 300	(Saar)
	612 496	
31. 3.1957	609 283	
	+ 11 023	(Saar)
	620 306	

allein

Der Zugang an Mitgliedern der SPD/von 1.4.1957 bis zum 31.7.1957 betrug 13 408.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel